

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 35.

Spezialdruck der Redaction
vormittags 10-12 Uhr.

Nachmittags 4-5 Uhr.

Die die Abgabe eintragspflichtiger
Stempel macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserte an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.

In den Filialen für Zus. Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Pauls Böde, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/2 5 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 354.

Mittwoch den 24. November 1880.

74. Jahrgang.

Auction.

Im gerichtlichen Auktionslocale, Ecke der Dorotheenstraße und Bleichergasse, sollen
Montag, den 29. November 1880, 10 Uhr Vormittags
verschiedene zu einem Nachlaß gehörige Porzellanwaaren u. a.: Spigen, Tassen, Kransen, Quasten,
Bordsteine, Porzellanfiguren, 2000 Blatt Kupferfolio, 80 Meter Feuerwehrraum, 288 Kilo verschiedene Spritzen-
schläuche und diverse andere Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung
versteigert werden.
Leipzig, den 22. November 1880.

Der Auktionator des Königlich-Kameralgerichts.
Thierbach.

Vermietung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

In obiger Fleischhalle sollen die Abtheilungen Nr. 3, 8, 11 und 17 sofort gegen einmonatliche
Kündigung anderweit an die Meistbietenden vermiethet werden und haben wir hierzu Versteigerungs-
termin auf

Samstag, den 4. December d. J., Vormittags 11 Uhr

an Rathshaus anberaumt.
Die Versteigerungs- und Vermietungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathhaus-
saal, 1. Etage, eingesehen werden.
Leipzig, den 13. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöck.

Versteigerung von Bauplänen.

Die beiden der Stadtgemeinde gehörigen, in der Schreberstraße links und rechts der nach der
Schwimmkanal führenden Brücke an der Elster gelegenen Baupläne Nr. 7 und 8 des betr. Parcellen-
planes, Parzellen Nr. 2593, 2598 des Flurbuchs, von
Nr. 7: Parzelle Nr. 2593, 1279.50 qm — 3989 □ G.
Nr. 8: Parzelle Nr. 2598, 2171.75 „ — 6770 „
Flächengehalt sollen an Rathshaus

Samstag, den 2. December d. J., Vormittags 11 Uhr

zum Verkauf versteigert werden.
Die Versteigerungsbedingungen, von welchen letzteren Abschriften gegen Be-
zahlung der Schreibgebühr verabfolgt werden, liegen in unserem Bauamt, Tiefbauverwaltung, Rathhaus II.
Etage, Zimmer Nr. 18, zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, den 18. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gerull.

Wegen Reinigung der Vocale bleiben die Geschäfte des Rathhauses und der Sparcasse für
Mittwoch, den 24. November a. c.

ausgesetzt.
Leipzig, den 20. November 1880.

Des Raths Reputation für Rathaus und Sparcasse.

Bekanntmachung.

Die von uns am 28. October d. J. zur anderweitigen Vermietung vertheilten beiden Verkaufs-
gewölbe im Erdgeschoß des Börsegebäudes am Rathhausmarkt, nämlich
1) das jetzige an Frau Vincius vermietet gewesene Gewölbe an der Ecke des Salzgraben und
Rathhausmarktes (Rathhausseite) und
2) das j. 3. an Herrn Wildprethändler Reinhold vermietete, auf der Stadthausseite befindliche
erste Gewölbe vom Rathhausmarkt aus,
sind vermiethet und werden daher die unterzeichneten gebliebenen Mieter in Gemäßheit der Versteigerungs-
bedingungen ihrer Gebote hiermit entlassen.
Leipzig, den 22. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Stöck.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Kirchenordnungs-Ordnung scheiden aus dem Kirchenverband der Thomaskirche
demnachst aus folgende Herren:
Prof. Dr. Klein, Rob. Gruner, Dr. Carl Günther, Hermann Schnoor, C. Gustav Thiem, dieselben
sind jedoch sofort wieder wählbar. Außerdem sind ausgeschieden durch den Tod Herr Dr. med. Kirßen und
durch Wohnungsverwechsel Herr Prof. Dr. Wagner.
Rummehr sind 7 Mitglieder zu wählen.
Die Wahl ist von uns auf

Mittwoch, den 24. November d. J.
angezeigt worden, und wird im Saale der Alten Bange von Morgens 10 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr
(ohne Unterbrechung in den Mittagsstunden) stattfinden.
Dabei ist Folgendes zu beachten:

- 1) Stimmberechtigt sind diejenigen, welche vom 11. bis 18. v. M. sich angemeldet haben und
in die seitdem geprüfte Wählerliste aufgenommen sind.
- 2) Die Wahl hat zu erfolgen durch persönliche in bewilligter Abgabe eines Stimmzettels; jeder
Wähler kann sein Wahlrecht nur in eigener Person ausüben.
- 3) Jeder Wähler hat 7 Gemeindeglieder, welche dem Pfarrsprengel der Thomaskirche angehören
und mindestens 30 Jahre alt sind, nach Tauf- und Familiennamen, Stand und Beruf genau
zu bezeichnen.

Wir fordern hiermit die stimmberechtigten Gemeindeglieder auf, Mittwoch, den 24. d. M. innerhalb
der genannten Stunden ihr kirchliches Wahlrecht zu üben, und ihr Augenmerk auf „Namen von gutem
Rufe, bewährtem christlichen Sinne, kirchlicher Einigkeit und Erfahrung“ (Kirchenordnungs-Ordnung § 8)
zu richten.
Leipzig, am 15. November 1880.

Der Wahl-Ansicht zu St. Thomä.

Dr. Wehler, Vorsitzender, Ferdinand Lörig, Julius Henrich, Robert Köhler,
Karl G. Kuntzler, Dr. C. Kuhn, Dr. C. Kuhn, Dr. C. Kuhn, Dr. C. Kuhn, Dr. C. Kuhn,
Seiler, Dr. C. Kuhn, Dr. C. Kuhn, Dr. C. Kuhn, Dr. C. Kuhn, Dr. C. Kuhn.

Freycinet und die Märzdecrete.

In einer der letzten Sitzungen der französischen
Deputiertenkammer ist über die Ursachen, welche
den früheren Minister Freycinet zum Austritt aus
dem Cabinet bewogen haben, volle Klarheit ge-
wonnen worden. Herr v. Freycinet hat in einer
großen Staatsrede die Anschauungen und Absichten
dargelegt, welche den Zwiespalt mit seinen früheren
Collegen herbeiführten. Er legte dar, wie nach
seiner Meinung der gefährliche Einfluß der Kirche
auf die Staatsangelegenheiten, überhaupt die
Macht eines rücksichtslosen Klerus weit gefährlicher
durch eine systematische, freisinnige Erziehung des
Volkes als durch spontane Gewaltthaten beseitigt
werden könne. Er habe sich deshalb gegen Gewalt-
maßregeln gestäubt, welche die Lebensbedin-
gungen zu erheben geeignet seien. Er habe zwar die
Legitimität der Märzdecrete anerkannt, allein doch
erzürnen wollen, ob sich nicht ohne ihre, die
Mächte aufreißende Ausföhrung die Orden ge-
winnen ließen, dem Geiste zu gehören. Zu
diesem Zweck sei es ihm in erster Linie darum zu
thun gewesen, das nach monarchischer Richtung
revolutionäre politische Element vom dem religiösen
zu trennen, mit welchem letzteren sich dann, wie
er glaube, wenn auf der einen Seite billige Nach-
sicht und auf der anderen Seite Toleranz
geübt würde, ein auskömmlicher Frieden schließen
ließe. Eine solche Absicht habe der von ihm vor-
geschlagenen Declaration, deren Unzulänglichkeit
er nicht leugne, zu Grunde gelegen, und wenn
man ihn hätte gewähren lassen, so würden weitere
bedrohende Schritte von Seiten Roms und des
Klerus erfolgt sein. Daß seine Collegen im
Ministerium mit diesen Anschauungen nicht über-
einstimmten, sondern auf der strengen und voll-
kommen gleichmäßigen Ausföhrung der Decrete
bestanden, ist, wie man bereits längst weiß, der
Grund der Ministerkrise gewesen.

Was Freycinet sagte, klingt verständlich und
human. Weht man der Sache indessen auf den
Grund, so ergibt sich, daß der Herr Exminister
von solchen Voraussetzungen ausging. Gerade
weil es der Regierung der Republik Ernst ist, das
Volk dem Einflusse der von Rom aus fanatisirten
Geistlichkeit zu entziehen, war ein Friedensschluß
mit dem Vatican und seinen Heerschaaren in
Frankreich eine absolute Unmöglichkeit und somit
der fromme Glaube Freycinets eine unfruchtbare
Träumerei. Wenn der Papst sich auf die Vor-
schläge Freycinets einließ — wir erinnern über-
gens daran, daß die Congregationen selbst nicht
einmal die Declaration abgeben haben, daß so-
mit der erste Schritt, auf dem die von Freycinet
prophesirten weiteren Folgen sollten, nicht einmal
gethan wurde —, so geschah es nur deshalb, weil
Seine Heiligkeit Magregal verhindern wollte,
durch welche die antirepublicanischen Wählerkreise
der Ordensgeistlichen mittelst unmöglich gemacht
werden konnten, und um so durch eine scheinbare
Nachgiebigkeit mehr Freiheit für die Conspira-
tionen gegen die das Unterrichtsweisen durch-

aus freisinnig gestaltende Republik zu gewinnen.
Herr von Freycinet war auf dem besten Wege,
sich von Rom inspiriren zu lassen und das Gegen-
theil von dem zu erreichen, was er beabsichtigte.

Die politischen Umtriebe des Klerus lassen sich
nun einmal nicht durch Schmeichelein und Streichein,
sondern nur mit der ernst zugreifenden Faust be-
seitigen. War diese einmal zu der Ausföhrung
der Decrete geblut, so mußte auch dringender
werden, wenn die Regierung nicht als Schwäche
des Cabinetes ausgelegt und dem immer drohenden
Uebermuth des Klerus Vorschub geleistet werden
sollte.

Die Friedensföhrungen, welche Herr von Freycinet
fürchtete, wären, wenn sein Plan zur Ausföhrung
gekommen wäre, eine chronische Krankheit des
öffentlichen Lebens geworden, denn jeder neue frei-
sinnige Schritt der Regierung hätte neue klerikale
Umtriebe zur Folge gehabt, denen dann die ganze
bisherige Macht des Klerus zur Seite gestanden
hätte. Von einer Trennung des politischen vom
religiösen Element konnte nicht die Rede sein; denn
Rom und seine Priester sind antirepublicanisch.
Die französischen Klerikalen würden daher immer
zu den monarchischen Parteien gelanden haben
und diese zu ihnen, oder aber die Republik hätte
ihnen den größtmöglichen Widerstand thun müssen,
sich um ihre Willkür durch reactionäre Tendenzen
selbst zu emporheben.

Daß die Friedensföhrungen nicht so gefährlich
waren und sind, wie Herr von Freycinet fürchtete,
das haben die Thatfachen bewiesen. Das Volk
hat entweder theilnahmslos oder sympathisch der
Ausföhrung der Decrete zugehört, und was sich
von Seiten der ausföhrnden Beamten widerlegt
hat, das waren wenige Klerikale und Monarchisten,
die der Regierung der Republik überall und zu
jeder Zeit gegenüber getreten wären.

Diese Erfahrungen beweisen, daß Herr Freycinet
geirrt hat und daß der alte Spruch auch für
Frankreich gilt: „Wer in ein Wespennest greift,
der greift er selbst zu!“

Politische Uebersicht.

Leipzig, 20. November.

In einem Artikel der „Norddeutschen Allge-
meinen Zeitung“ wird die Schuld an der
Judenhege dem Abg. Passer zugeschrieben,
der den Reichstag bestimmt habe, im Strafgeset-
buch bei dem „Anreizungs“-Paragraphe den vom
Bundesrathe vorgeschlagenen Ausdruck „Hein-
delsgeleiteten“ durch „Gewalthätigkeiten“ zu ersetzen.
Diesem Artikel dürften nach einer Mittheilung
der „Post. Ztg.“ gute Informationen zu Grunde
gelegen haben. Was früher mißlang, das zu er-
reichen soll jetzt die Judenhege angestrebt wer-
den; denn es wird regierungsföhrig versucht wer-
den, bei der bevorstehenden Revision des Str.-G.-B.
den §. 130 in folgender Fassung durchzubringen:
„Wer in einer der öffentlichen Frieden gefährden-
den Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu
Heindeggeleiten anreizt, wird u. s. w.“ Ferner

erachtet man es in preussischen Regierungskreisen
für notwendig, die Revision des Str.-G.-B. die
Strafbestimmungen in den §§. 110 (Ausföhrung
zum Ungehörigen gegen Gehege und Versammlun-
gen) und §. 166 (Störung der öffentlichen Ruhe)
wird dem Reichstage abgeleitet. §. 20 des Strafgeset-
buches zu verschärfen, sowie öffentliche Angriffe
in Rede oder Schrift gegen die Familie, das
Eigenthum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige
Grundlagen der staatlichen Ordnung, sofern diese
Angriffe die Eittlichkeit, den Rechtsinn oder die
Vaterlandsliebe zu untergraben geeignet sind, unter
Strafe zu stellen.

In der am Sonntag in Berlin stattge-
fundnen Parteiversammlung der Secessionisten
wurde einstimmig die Bildung eines „Bündnisses
der Liberalen“ auf Grund folgenden Statuts
beschlossen:

1. Der Verein begreift: a) auf die Wahl libe-
raler Männer für die Volksvertretungen hinzuwirken,
welche entschlossen sind, der rücksichtslichen Verwun-
dung politischem, kirchlichem und wirtschaftlichem
Gebiet entgegenzutreten; b) die Verhänd-
lung der liberalen Männer bewo. bestehenden libe-
ralen Organisationen in den einzelnen Wahlkreisen
über eine gemeinsame Auffassung von Candidaten
für die Volksvertretungen herbeizuföhren. §. 2. Der
Verein hat seinen Sitz in Berlin. §. 3. Jedes Mitglied
des Vereins zahlt einen Beitrag von mindestens 2 M.
jährlich. §. 4. Ein Vorstand leitet die Vereins-
angelegenheiten. Der Vorstand wählt einen geschäfts-
führenden Ausschuss, welcher seinen Sitz in Berlin
hat, die laufenden Geschäfte führt und die Vereins-
mittel nach den Beschlüssen der Generalversammlung
und des Vorstandes verwaltet. §. 5. Generalver-
sammlungen der Mitglieder des Vereins werden von
dem Vorstande nach Bedürfnis berufen.

Der Staatssecretär für das Reichsland,
Dr. Hofmann, ist nach Straßburg zurückge-
kehrt. Die „Völkering Zeitung“ theilt die von
demselben nach Wendigung der Vorstellung der
Behörden in Reich an die Versammlung gerichtete
Ansprache in folgenden Worten mit:

„Meine Herren! Die den deutschen Beamten
im Reichslande gestellte Aufgabe ist gewiß eine ver-
antwortungsvolle und schwierige, aber die Beamten
haben in den 10 Jahren seit der Annexion bewiesen,
daß sie dieser Aufgabe gewachsen sind. Ich glaube,
soweit ich aus meiner allerdings erst kurzen Er-
fahrung sprechen darf, betonen zu können, daß in einem
unter so besondern Verhältnissen erworbenen Vande,
daß namentlich in Völkering, wo die Verwaltung
schwieriger erscheint als im Elsaß, keine andere No-
tion im Stande gewesen wäre, bessere Resultate zu
erzielen. Ich hoffe und wünsche, daß wir es in Zukunft
bisher gelungen ist, die Wohlthaten des Vandes zu
haben und dadurch bei der Bevölkerung das Vertrauen
nach reichlicher Maß von Jahren herbei-
zuführen, so auch fernerhin es Herrn Hofmann, Herrn
Hofmann und Herrn Hofmann gelingen wird,
das Gelingen des Vandes und damit die Interessen
des Reiches und des deutschen Volkes zu fördern.
Ich glaube in dem Kreise von Männern, wie ich sie
hier vor mir versammelt sehe, diese Aufgabe mit
aller Bestimmtheit auszusprechen zu können.“

Im Laufe dieser Woche werden, wie aus Ber-
lin verlautet, das preussische Staatsministerium

und der Bundesrath sich nacheinander mit dem
Socialisten-Gesetz zu beschäftigen haben.
Sonntag, den 28. v. M., läuft die einjährige
Frei auf Verlängerung des kleinen Verlegerungs-
zustandes über Berlin und Umgebung ab, und
wie es heißt, wird allem Anscheine nach die preu-
ssische Regierung die abermalige Verlängerung auf
die gleiche Zeitdauer beantragen.

In den deutschen Kronländern Oesterreichs
werden die Vorbereitungen für die am 30. Novbr.
stattfindende Kaiser Josef II. Feier mit Eifer be-
trieben. Wie gestern hervorgehoben, wird Bischof
Kudiger in Linz eine kirchliche Feier dieses Ge-
denktages nicht gestatten. Als die der Regierung
wohlwollenden Blätter über den dreifachen Streich
Kudiger's berichteten, äußerten sie die Hoffnung,
daß bald ein Dementi erfolgen werde. Dies blieb
jedoch nicht nur aus, sondern das Reichsorgan des
Linzener Bischofs, das „Volksblatt“, veröffentlichte
eine ausführliche Motivirung für die Verweige-
rung der kirchlichen Feier. Es heißt darin, wie
die „Post. Ztg.“ specielle meldet, Kaiser Josef II.
habe auf kirchlichem Gebiet die Autonomie der
Länder verlegt, indem er die Landtage auf-
gehoben. Auf kirchlichem Gebiete habe er die
völlige Bevormundung der Kirche durch die Staats-
gewalt durchgesetzt, welches System man auf sei-
nen Namen gelaufen hat. Die Diener der Kirche
dürfen daher keine kirchliche Feier veranstalten, die
als Unterwerfung dieses Josephinismus aufgeführt
werden müßte. — Der deutsch-conservative
Parteitag in Linz wählte, wie wir ergänzend
mittheilen, Brandis zum Präsidenten und Eberstadt
und Riccabona zu Vicepräsidenten. Nachdem meh-
rere Redner unter dem Beifall der Versammlung
gesprochen hatten, wurde die bereits mitgetheilte
Resolution einstimmig angenommen. Ebenso wurde
eine Resolution wegen gleicher Vertheilung der
Grundsteuer genehmigt.

Wie aus Petersburg telegraphisch wird, lauten
die Nachrichten aus Peking durchaus unbefriedi-
gend; die chinesische Regierung scheint von der
Friedensliebe oder von der Kriegsfurcht Russlands
dermaßen überzeugt zu sein, daß sie das Fehls-
schlagen der Verhandlungen in Petersburg ledig-
lich der Ungeschicklichkeit ihrer Bevollmächtigten
beimist. „Marquis“ Tseng hat die Befürchtung,
es möge ihn ein ähnliches Schicksal wie Liang
Hau betreffen, fast unbescholten ausgesprochen.
Die Vollmachten, mit denen ihn seine Regierung
ausstattet, sind augenscheinlich nur scheinbar,
denn in allen Cardinalfragen ist es gezwungen, in
Peking um Weisungen einzukommen, ein Ver-
fahren, welches die Unterhandlungen in unabsehbare
Länge zu ziehen droht. In Petersburg
macht man sich geringe Hoffnungen auf Erhaltung
des Friedens, denn man kennt die Parteilichkeit
der altchinesischen Partei.

Die Gerichte in den französischen Provinzen
fahren fort, die auffallendsten Urtheile zu sprechen.
So verurtheilte das Justizpolizeigericht von Nizza
die Chefredactoren des „Revue Littéraire“ und des
„Patriote Niquet“ zu je 2000 Frs. Geldstrafe und

Auflage 16,250.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 M.,
incl. Frachtkosten 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserate 50 Pf. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarischer
Zeh nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstempel
die Spalte 40 Pf.

Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Abdruck wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.